



Braunkohleabbau in Garzweiler

Nordrhein-Westfalen

Klägerin als Angeklagte

Im erbitterten Streit um den Braunkohletagebau Garzweiler II wird eine grüne Klägerin von einst plötzlich zur Beklagten. Vor der Bildung der rot-grünen Landesregierung hatten die Grünen im Mai 1995 wegen des Tagebaus eine Organklage gegen den Landtag

und die Landesregierung eingereicht. Der Landtag, so der Kern der Klage, unterzeichnet von der damaligen Grünen-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn, hätte über ein Projekt mit den Ausmaßen von Garzweiler II abstimmen müssen. Die Klage hat gute Aussichten auf Erfolg, doch legte das nordrhein-westfälische Verfassungsgericht den Grünen nahe, anstatt gegen die Landesregierung gegen das zuständige Umweltministerium zu klagen. Damit wird Bärbel Höhn, inzwischen Umweltministerin, von der eigenen Klage eingeholt.

Vollends paradox wird die rechtliche Kontroverse um Garzweiler II durch den Entwurf einer Stellungnahme der rot-grünen Landesregierung, die dem NRW-Verfassungsgericht in dieser Woche zugeleitet werden soll. Darin heißt es, daß es wegen der „tiefgreifenden politischen Meinungsverschiedenheiten“ bei solchen Mammutprojekten naheliege, künftig Landtag und Öffentlichkeit rechtlich an der „Planungsorganisation“ zu beteiligen – die Verfassungsrichter haben nun in einem Streit zu entscheiden, über den sich die Parteien schon geeinigt haben.

Ausländer

Dulden und schützen

Die Bundesregierung kann sich nicht auf Maßnahmen gegen den Frauenhandel einigen. Dabei geht es um Ausländerinnen, die Deutsche geheiratet haben und von ihren Männern mißhandelt oder gar zur Prostitution gezwungen worden sind. Sie werden bisher, wenn sie ihren Mann verlassen haben, sofort abgeschoben, es sei denn, sie lebten mindestens schon drei Jahre in Deutschland. Bei der Novellierung des Ausländergesetzes will die FDP den Frauen zum eigenständigen Bleiberecht verhelfen. Innenminister Manfred Kanther (CDU) aber ist allenfalls bereit, in Härtefällen die Frist auf ein Jahr zu verkürzen – Frauen müßten also ein Jahr lang Prostitution oder Gewalt ertragen haben, ehe sie ihren Mann folgenlos verlassen dürfen.

Umstritten ist auch, wie illegal eingeschleuste Ausländerinnen dazu gebracht werden können, gegen Menschenhändler und Zuhälterringe auszusagen. Kanther lehnt FDP-Überlegungen ab, aussagewillige Frauen für die Dauer der Ermittlungen und des Prozesses in Deutschland zu dulden und sie gegebenenfalls schützen zu lassen.

Bundeswehr

Pech mit Billigfliegern

Schlechte Erfahrungen mit ausländischen Charterfliegern machte die Bundeswehr. Die drei Airbusse und die vier Boeing-707-Jets der Luftwaffen-Flugbereitschaft waren im Mai und Juni damit ausgelastet, Soldaten der Flugabwehr zum Wüstenmanöver „Roving Sands“ in die amerikanischen Bundesstaaten Texas und New Mexico zu bringen. Routineflüge zu Truppenübungsplätzen in Kanada wurden deshalb an Billigflieger vergeben. Die preisgünstigsten Angebote kamen aus den USA und Frankreich. Ergebnis: Mehr als 200 Luftwaffensoldaten saßen 24 Stunden lang im kanadischen Provinznest Cold Lake fest, weil ein Jumbo der französischen Air Liberté wegen eines Defekts liegengeblieben war.

Am Spardiktat des Finanzministers Theo Waigel (CSU) ist der Plan von Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) vorerst gescheitert, die fast 30 Jahre alten Boeing-Truppentransporter (176 Sitze) im nächsten Jahr komplett durch größere, gebrauchte Airbusse zu ersetzen.

F. PFLAUM / VISUM